



## Für uns in Berlin !

23. März 2018



## Regierungserklärung, Bundeswehreinsätze, Wiederwahl

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine weitere ereignisreiche Sitzungswoche liegt hinter uns. Am Mittwoch hat die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung abgegeben und darin die Schwerpunkte und Leitlinien der vierten von ihr geführten Bundesregierung vorgestellt. Darauf folgend haben sich Aussprachen zu allen Ressorts angeschlossen und die Bundesregierung hat ihre Prioritäten und wichtigsten Themen in den einzelnen Politikfeldern dargelegt.

Im Plenum haben wir über die Verlängerung wichtiger Bundeswehr-Mandate abgestimmt.

In der vergangenen Woche erinnerten wir zudem an Kardinal Lehmann, der am 11. März im Alter von 81 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Lesen Sie im Newsletter auch über meine Wiederwahl zum Vorsitzenden der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB

# Meine Pressemeldung in dieser Woche

Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB

als Vorsitzender der deutschen Delegation in der NATO PV  
wiedergewählt

Der CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Heidelberg/Weinheim, Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers, ist heute als Vorsitzender der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) wiedergewählt worden.

„Ich freue mich außerordentlich, dass mir die Mitglieder der deutschen Delegation aller Fraktionen des Deutschen Bundestages einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Als Bindeglied zwischen den nationalen Parlamenten und der NATO hat unsere Versammlung eine besondere und wichtige Stellung inne. Für mich ist diese Wahl eine große Bestätigung meiner bisherigen Arbeit sowie Ansporn, auch in Zukunft weltweit für Frieden und Freiheit einzutreten“, so Lamers.

Im NATO-Parlament ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. h. c. Dr. Lamers Vorsitzender der Gruppe der Konservativen und Christdemokraten aus allen 29 Mitgliedstaaten und Vorsitzender einer Kommission, deren Aufgabe es ist, ein Konzept zum besseren Verständnis der Werte und Ziele der NATO in der heutigen Zeit zu erarbeiten.

„Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wofür die NATO steht und warum wir das Bündnis heute dringender denn je brauchen“, so der frisch gewählte Delegationsleiter Prof. h. c. Dr. Lamers.

Die NATO PV besteht aus 266 Parlamentariern aus 29 Mitgliedstaaten der NATO sowie Delegierten aus 12 assoziierten Staaten, Parlamentariern aus weiteren Partnerländern und Ländern mit Beobachterstatus – insgesamt 360 Abgeordneten.

# Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg in dieser Woche



## Deutschland fit für die Zukunft machen

Angesichts der Herausforderungen von Globalisierung und Digitalisierung will Bundeskanzlerin **Angela Merkel** Deutschland fit für die Zukunft machen. In ihrer ersten Regierungserklärung nach ihrer Wiederwahl als Kanzlerin sagte Merkel am Mittwoch vor dem Bundestag, ein „Weiter so“ könne es allein deshalb nicht geben, weil sich die Welt eklatant verändere. Als Ziele der großen Koalition nannte sie unter anderem die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Wohlstand und Beschäftigung. Großen Wert legte sie auch auf den sozialen Zusammenhalt.

Voraussetzung dafür, dass die Bundesregierung ihre sozialen Aufgaben bewältigen könne, sei eine prosperierende Wirtschaft. Nur so lasse sich Vollbeschäftigung bis 2025 erreichen. „Es ist nicht garantiert, dass wir in fünf oder zehn Jahren wirtschaftlich so gut dastehen wie heute“, sagte sie. Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende **Volker Kauder** mahnte: „Wir müssen die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erhalten.“ Verteilen könne man nur das, was zuvor erwirtschaftet worden sei.

In ihrer Regierungserklärung ließ die Kanzlerin die Errungenschaften und Erfolge, aber auch die Schwachstellen und Versäumnisse der Vergangenheit Revue passieren. Die Aufnahme von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen Ostens, vor allem Syriens, ist laut Merkel eine „un glaubliche Bewährungsprobe für unser Land“ gewesen, die man trotz unzureichender Vorbereitung bewältigt habe. Diese „humanitäre Ausnahmesituation“ dürfe sich aber nicht wiederholen.

Wer einen Aufenthaltsstatus bekommen habe, müsse sich schnellstmöglich integrieren. Die Zugehörigkeit zur EU bezeichnete Merkel als Glücksfall für Deutschland. Nur zusammen könne man die gemeinsamen Werte und Interessen verteidigen. Dies zeige sich gerade am Handelsstreit mit den USA. Auch Volker Kauder sagte, Deutschland brauche Europa, um seine Interessen in der Welt erfolgreich zu vertreten.



### Günther Oettinger in der CDU-Landesgruppe

Am Montag war der EU-Kommissar für Haushalt und Personal, **Günther Oettinger**, zu Gast in der Landesgruppensitzung. Die Mitglieder der Landesgruppe informierten sich über den Sachstand zum neuen EU-Doppelhaushalt, zu dem Großbritannien voraussichtlich keine Beiträge mehr zahlen wird. Neben Großbritannien spielten auch die südlichen und östlichen Nachbarländer der EU eine Rolle: Oettinger machte deutlich, dass ein gemeinsames Auftreten der EU in Migrations- und Asylfragen genauso wichtig sei, wie in Fragen des Außenhandels. Er betonte die Wichtigkeit des Flüchtlingsabkommens mit der EU und die Weiterentwicklung der europäischen Grenzschutzorganisation FRONTEX. Des Weiteren besprachen die Landesgruppenmitglieder mit Günther Oettinger auch Fragen der Agrarpolitik und der europäischen Entwicklungszusammenarbeit.

## Verantwortung in der Welt übernehmen

Im Deutschen Bundestag wurden diese Woche fünf Mandate zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr verlängert, und zwar für den Einsatz gegen die IS-Terrormiliz im Irak, der Ausbildungsmission in Afghanistan, der Mission SEA GUARDIAN zum Schutz des Mittelmeers sowie den beiden UN-geführten Missionen im Südsudan und in der Region Darfur nördlichen Sudan. Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) wurde in erster Lesung beraten.

Obwohl die einzelnen Mandate sich inhaltlich teilweise stark voneinander unterscheiden, stehen sie unter einem gemeinsamen Thema: Deutschland stellt sich seiner Verantwortung in der Welt. Wir sind wirtschaftlich und politisch stark. Wir können nicht ignorieren, was in anderen Ländern geschieht, schon gar nicht, weil sich Terror, Waffenhandel, Menschenschmuggel nicht an Grenzen halten. Staatliche Instabilität im Umfeld Europas wirkt sich somit auch auf unsere Sicherheit in Europa aus. Es ist deshalb wichtig, dass wir unseren Teil dazu beitragen, Frieden und Stabilität dort zu unterstützen, wo sie ohne ausländische Hilfe nicht erreicht werden können. Leitlinie unserer deutschen Außenpolitik ist dabei die Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartnern innerhalb der Europäischen Union, der NATO und den Vereinten Nationen. In Mali konzentriert sich der UN-geführte Einsatz auf Führung und Führungsunterstützung, Sicherung sowie Aufklärung, sanitätsdienstliche Versorgung, Lufttransport und -betankung. Angesichts der in diesem Jahr in Mali anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ist unser erweiterter Beitrag zur Stabilisierung des Landes umso wichtiger.

Die beiden bisherigen Einzelmissionen zur Ausbildung der Peschmerga im Nord-Irak und zur Unterbindung terroristischer Handlungen durch den IS werden zusammengelegt. Neue Komponente des zusammengelegten Mandats ist die spezialisierte militärische Ausbildung der zentralirakischen Streit- und Sicherheitskräfte im gesamten Land. Das neue Mandat ist ein weiterer Schritt für Stabilität im Irak und wird im international vernetzten Ansatz gegen den IS seinen außerordentlichen Beitrag leisten.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag wies **Thorsten Frei** (Wahlkreis Schwarzwald-Baar) darauf hin, dass „die Fehler, die nach der Invasion des Iraks 2003 und dem Exit der USA in 2011 gemacht wurden und letztlich erst den Aufstieg von IS ermöglichten, sich nicht wiederholen dürfen.“ Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist „der Wiederaufbau und die Stärkung der staatlichen Strukturen“ so bedeutend.

In Afghanistan tragen wir den erhöhten Unterstützungsmaßnahmen für unsere Auslandsvertretungen vor Ort sowie der Sicherstellung dauerhafter Ausbildungsleistungen in Kundus mit einer Erhöhung der Mandatsobergrenze von 980 auf 1.300 Soldaten Rechnung. Gerade mit Blick auf die für Herbst 2018 angesetzten Parlamentswahlen ist die Fortsetzung unseres Engagements in Afghanistan maßgeblich.

Die Mission SEA GUARDIAN leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung illegaler Aktivitäten wie Waffenschmuggel und Menschenhandel sowie organisierter Kriminalität im Mittelmeerraum. Sie dient ebenfalls der Eindämmung des Gefährdungspotenzials des internationalen Terrorismus in der Region, insbesondere mit Blick auf die Mittelmeer-Anrainerstaaten Nordafrikas. Denn neu an der Mission ist, dass Partnerstaaten im Umfeld sich in die Mission zur Lagebildüberwachung einklinken können. Zudem kann durch Training dieser Sicherheitskräfte auch erreicht werden, dass Gefahren viel frühzeitiger erkannt und bekämpft werden können. Das ist eine Komponente zur Erhalt und Aufbau von Staatlichkeit und muss nahtlos an unser entwicklungspolitisches Engagement anschließen. Nur in sicheren Umfeldern ist nachhaltige Entwicklung möglich, wie **Roderich Kiesewetter** (Wahlkreis Aalen-Heidenheim) in seiner Rede ausführte.

Unser Auslandseinsatz unter UN-Mandat im Südsudan konzentriert sich vor allem darauf, Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie als Beratungs-, Verbindungs- und Beobachtungsoffiziere zur Verfügung zu stellen. "Wir erleben im Südsudan eine der schwersten humanitären Katastrophen unserer Zeit. Jedes gerettete Leben, jedes verhinderte Leid, ist es wert, für diesen Einsatz zu stimmen", mahnte der Bundestagsabgeordnete **Nikolas Löbel** (Wahlkreis Mannheim) in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag. Angesichts der Herausforderungen, vor denen die gesamte Sudan-Sahel-Region einschließlich Darfurs steht – Terrorismus, organisierte Kriminalität, Migrations- und Flüchtlingsströme – bedarf sie weiterhin der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Wir verlängern deshalb die Mission der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur.



Zeichen für eine starke Justiz

Von **Dr. Stephan Harbarth** (Wahlkreis Rhein-Neckar)

„Unser Maßstab ist der starke und handlungsfähige Rechtsstaat auf dem Boden des Grundgesetzes. Dazu brauchen wir eine starke Justiz. Denn ohne funktionierende Gerichte, Staatsanwaltschaften und Ermittlungsbehörden wäre der Rechtsstaat handlungsunfähig. Mit dem Pakt für den Rechtsstaat handeln wir und verordnen der Justiz eine Modernisierung. Diese sieht einen Dreiklang aus effizienteren Verfahren, besserer Personalausstattung und einer besseren bzw. moderneren Ausstattung der Justiz vor. Bei (über)langen Verfahrensdauern besteht für die Bürger Rechtsunsicherheit und die Gefahr, dass sie das Vertrauen in den Rechtsstaat verlieren. Die Straf-, Verwaltungs- und Zivilverfahren müssen beschleunigt werden. Bürgernähe und Effizienz müssen das Ziel sein. Verwaltungsgerichte dürfen nicht aufgrund des Prozessrechts durch stark gestiegene Asylverfahren über Jahre lahmgelegt werden. Zu einem effizienten Verfahren gehört auch die Wahrheitserforschung. Für uns ist daher klar: Verfahrensbeteiligte müssen vor Gericht Gesicht zeigen! Identität und Mimik müssen für das Gericht erkennbar sein und sind Grundlage für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit eines Zeugen. Gemeinsam mit den Ländern stehen wir für einen deutlichen Personalaufwuchs bei Justiz und Sicherheitsbehörden. Die Justiz muss Schritt halten mit dem wissenschaftlichen Fortschritt und neuen Entwicklungen. Wir werden deshalb die Digitalisierung der Justiz vorantreiben und dafür sorgen, dass Ermittler die Instrumente zur Aufklärung von Verbrechen nutzen dürfen, die rechtlich und technisch möglich sind. Daher werden wir für breitere Einsatzmöglichkeiten der DNA-Analyse sorgen. Künftig sollen dann etwa auch äußere Merkmale wie Haut, Haar- und Augenfarbe und auch Alter abgefragt werden dürfen.“

Der Kampf gegen Einbruchskriminalität hat auch in dieser Wahlperiode für meine Fraktion oberste Priorität. Wir haben bereits in der letzten Wahlperiode einen umfangreichen Maßnahmenkatalog auf den Weg gebracht. Dazu gehören nicht zuletzt das KfW-Programm zur Einbruchsprävention mit der Fördersumme von 50 Millionen Euro im Jahr, die härtere Bestrafung des Wohnungseinbruchsdiebstahls sowie zusätzliche Ermittlungsbefugnisse. Jetzt stocken wir das KfW-Programm noch mal auf. Und wir werden auch mit dem Koalitionspartner über weitere Instrumente für die Sicherheitsbehörden sprechen müssen. Wenn weiterhin ein Drittel der Menschen Angst vor Einbrechern hat, nehmen wir diese Alltagsorgen ernst.“



## Haushalt 2018: Konsolidierung der inneren Sicherheit geht weiter

Von **Armin Schuster** (Wahlkreis Lörrach)

„Wir hatten uns zu Beginn der letzten Wahlperiode ein Ziel gesetzt, und wir haben es erreicht. Der Haushalt des Innenressorts hat einen beispiellosen Aufwuchs erfahren: von 2014 bis 2017 von 5,9 auf knapp 8,98 Milliarden Euro. Rund zwei Drittel der Ausgaben werden für die Sicherheitsbehörden verwendet. Allein mit dem Haushalt 2017 wurden zwei einzigartige Pakete zur Stärkung der Sicherheitsbehörden geschnürt. Diese haben einen beispiellosen Personal- und Sachmittelaufwuchs erfahren. Wir haben unter anderem durch den Aufbau einer neuen Forschungs- und Entwicklungsstelle für die Kriminalitätsbekämpfung im Internet in Cybersicherheit investiert. Viele weitere Maßnahmen wären zu nennen. Viele hätten nicht geglaubt, dass wir unser Konsolidierungsprogramm in dieser Konsequenz durchziehen. Es dürfte einzigartig in der bundesrepublikanischen Geschichte sein, aber es soll nicht einzigartig bleiben! Von uns wird jetzt schnelles Handeln erwartet, die vorläufige Haushaltsführung muss ein Ende nehmen. Neben den 7.500 geplanten neuen Stellen bei den Bundessicherheitsbehörden müssen wir auch die Justiz durch 2000 neue Richterstellen in Bund und Ländern stärken. Wir werden die Bundespolizei weiter aufbauen. Wer die Reisefreiheit innerhalb Europas erhalten will, der muss in Grenzschutz investieren. Der Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden muss durch den geplanten Ausbau des BKA zu einem zentralen "Datenhaus" weiter verbessert werden, die Abteilung für islamistischen Terrorismus beim BKA ausgebaut und das Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) muss mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet werden. Nur so werden wir in der Kriminalitätsbekämpfung und Terrorismusabwehr mit den Herausforderungen Schritt halten. Prävention und Schutz von IT-Systemen und schnelle Reaktion auf Vorfälle sind richtig. Sie helfen aber nicht umfassend, sind nicht für jede Lage geeignet.“



Angesichts der heiklen Cyber-Bedrohungslage wird immer deutlicher, dass wir auch über aktives Vorgehen gegen solche Gefahren diskutieren müssen. Für aktive Intervention in fremden IT-Systemen existiert für Bundessicherheitsbehörden - die Bundeswehr einmal ausgenommen - derzeit keine Rechtsgrundlage. Wir müssen aber auf der Klaviatur genauso virtuos spielen können wie der Angreifer, von der Löschung abgeflossener Daten bis hin zur Übernahme, Steuerung oder Stilllegung fremder Server. Von der Computer Network Defense (CND) bis hin zur Computer Network Attack (CNA). Die Menschen erwarten jetzt zügiges Handeln. Wir haben uns vorgenommen, den diesjährigen Haushalt bis Ende Juni 2018 unter Dach und Fach zu bringen. Der Zeitplan ist ambitioniert, aber wir werden alles daran setzen ihn einzuhalten.“



## Entschlossen handeln beim Klimaschutz

Von **Andreas Jung** (Wahlkreis Konstanz)

Wir stehen im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit in der 19. Wahlperiode vor großen Herausforderungen. Ziel der Klima- und Umweltschutzpolitik ist für uns als Union die Bewahrung der Schöpfung. Wir haben auf internationaler Ebene in den letzten Jahren wichtige Schritte erreicht. Zu nennen sind vor allem die Vereinbarung global gültiger Entwicklungsziele in einem „Weltzukunftsvertrag“ und der Durchbruch für das Pariser Klimaabkommen. Darauf muss jetzt international und national aufgebaut werden.

In Deutschland haben wir es zwar geschafft, Wirtschaftswachstum und CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu entkoppeln. Das ist aber nur der halbe Weg. Wir brauchen Wachstum bei sinkendem CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Hier müssen wir handeln. Die unlängst von der EU beschlossene Reform des Emissionshandels wird dazu führen, dass der Anteil der Kohle in der Stromproduktion zurückgeht. Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir aber fragen, was darüber hinaus getan werden kann, um kurzfristig CO<sub>2</sub>-Einsparungen zu erreichen.

Dazu wird die Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ eingerichtet, die unter Einbeziehung aller Akteure ein Aktionsprogramm erarbeiten soll.

Wichtig ist: Die Maßnahmen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden - es muss jetzt entschlossen gehandelt werden, die Zeit drängt! Das gilt nicht nur für den Energiebereich, sondern für alle Sektoren. Wir müssen die Energieeffizienz voranbringen, etwa durch die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Gebäudesanierung. Auch bei Verkehr und Landwirtschaft haben wir Handlungsbedarf. Hier gelten nun die ambitionierten Vorgaben des Klimaschutzplans. Sie waren umstritten, jetzt werden sie gesetzlich festgeschrieben. Da gibt es kein Wackeln. Damit sind die Grundlinien formuliert, auf deren Basis nun die neue Koalition kraftvoll an die Arbeit gehen muss.



## Unser Gesundheitswesen weiter fit machen

Von **Karin Maag** (Wahlkreis Stuttgart)

Deutschland hat ein ausgesprochen gutes Gesundheitssystem. Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen wir in den kommenden vier Jahren die Stellschrauben dafür drehen, dass wir dort noch besser werden, wo noch Luft nach oben ist. Das bedeutet für mich, Antworten auf die Herausforderungen zu geben, vor die eine älter werdende Gesellschaft und der medizinisch-technologische Fortschritt uns stellen. Verbessert werden muss dafür vor allem die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sektoren, damit wir eine wohnortnahe Versorgung aller Patientinnen und Patienten gewährleisten, unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

Mit den umfangreichen Maßnahmen, die wir im Koalitionsvertrag verankert haben, kann das gelingen. Deswegen werden wir diesen Katalog in den kommenden dreieinhalb Jahren nun Schritt für Schritt in Angriff nehmen. Dabei stehen für mich auf der Agenda ganz oben unsere Offensive für mehr Pflegepersonal fest zu verankern: Nachdem wir in der letzten Legislaturperiode mit den drei Pflegestärkungsgesetzen deutliche Leistungsverbesserungen für pflegebedürftige Menschen und pflegende Angehörige erreicht haben, müssen wir jetzt die professionellen Pflegekräfte noch stärker in den Blick nehmen. Die Reform der Ausbildung der Pflegeberufe, die wir mit der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung jetzt zügig abschließen werden, damit die neuen Ausbildungsgänge am 1. Januar 2020 starten können, war ein erster wichtiger Schritt. Jetzt werden wir schnell das Sofortprogramm für 8000 Pflegefachkraftstellen verabschieden und dann die konzentrierte Aktion Pflege auf den Weg bringen, damit die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen in der Pflege nachhaltig verbessert werden.

Wichtig ist, dass die Digitalisierung im Feld der Gesundheitsversorgung weiter ausgebaut wird – bis 2021 muss die elektronische Patientenakte endlich auf dem Markt sein. Ich freue mich, dass unser Gesundheitsminister Jens Spahn hier schon ein klares Bekenntnis für diese Priorisierung gesetzt hat! Ich werde mich darüber hinaus dafür einsetzen, dass der Versand von verschreibungspflichtigen Medikamenten verboten wird. Zu einer guten wohnortnahen Versorgung gehören nämlich nicht nur die Ärztinnen und Ärzte und andere nicht-ärztliche Gesundheitsberufe, sondern auch unsere Apotheken. Auch bei der Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lassen wir uns beim Wort nehmen, deswegen führen wir zum 1. Januar 2019 den paritätisch finanzierten Beitrag zur Krankenversicherung wieder ein.

Für uns als Union ist klar, dass die Versorgung der Menschen in unserem Gesundheitssystem dann am besten gelingt, wenn wir wie bisher an den bewährten Prinzipien festhalten: Neben der freien Arztwahl ist das auch der Wettbewerb zwischen den Kassen mit dem Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Reformbedarf gibt es hier in beiden Bereichen, deswegen ist es gut, dass eine wissenschaftliche Kommission arbeitet, wo die beiden Honorarordnungen geändert werden müssen. Ich finde es richtig, dass wir uns hier die Zeit nehmen, die wissenschaftliche Expertise abzuwarten und dann die politischen Konsequenzen zu ziehen. Diese Zeit werden wir uns allerdings nicht nehmen, wenn es darum geht, Abhilfe dort zu schaffen, wo Patienten zurecht verärgert sind – ungleiche und zu lange Wartezeiten auf einen Arzttermin dürfen nicht sein. Daher verbessern wir die Arbeit der Terminservicestellen und erhöhen die Mindestsprechstundenzahl in den niedergelassenen Arztpraxen auf 25 Stunden.



## Für eine moderne Arbeitsmarkt-und Sozialpolitik

Von **Peter Weiß** (Wahlkreis Emmendingen)

„Sozialpolitik, die diesen Namen verdient, muss zielgerichtet denen helfen, die der Hilfe bedürfen, darf Menschen nicht entmündigen, sondern muss Hilfe zur Selbsthilfe sein und muss dazu beitragen, dass Menschen wieder auf eigenen Beinen stehen können. Dieses Leitbild von Sozialpolitik war für uns als Union Richtschnur für den neuen Koalitionsvertrag.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist hervorragend. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir für die Teilhabe am Arbeitsmarkt u.a. ein neues unbürokratisches Instrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“ schaffen. Unser Ziel ist dabei die Vollbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen insbesondere Langzeitarbeitslose besser fördern und aktivieren, um ihnen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zum Beispiel über Lohnkostenzuschüsse zu ermöglichen. Mit einem ganzheitlichen Ansatz wollen wir die Qualifizierung, Vermittlung und Reintegration in den Arbeitsmarkt vorantreiben. Die Finanzierung erfolgt über den Eingliederungstitel, der im Zeitraum von 2018 bis 2021 um vier Milliarden Euro aufgestockt wird. Speziell für junge Menschen werden wir das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen effizienter und unbürokratischer als bisher ausgestalten und gezielt erhöhen. Schließlich steht hier die Gruppe der schwer zu erreichenden Jugendlichen im Fokus dieser Legislaturperiode. Ab 2019 werden 50 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt, um sie zurück in Schule und Ausbildung zu holen.

Auch in der Frage der Altersversorgung werden wir zielgenau dort helfen, wo Hilfe am nötigsten ist. Wir wollen weitere Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, die verpflichtende Altersversorgung für Selbstständige, die Weiterentwicklung der Mütter-Rente sowie eine neue Grundrente. Ein besonderes Augenmerk werden wir auch auf Menschen mit Behinderungen legen. Wir werden die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in den kommenden Jahren intensiv begleiten und gleichzeitig die Teilhabe weiter fördern.

Schließlich werden wir als großes Projekt eine Nationale Weiterbildungsstrategie vorantreiben. Wir wollen, dass digitaler Fortschritt und Innovation allen Menschen zugutekommen. Deshalb wollen wir die Digitalisierung weiter aktiv und unter Einbeziehung der Sozialpartner gestalten. Die Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt wollen wir zum Nutzen aller gestalten, niemand soll vor diesen Veränderungen Angst haben. Insgesamt wollen wir eine Politik für neue Chancen, für mehr Zielgenauigkeit, für mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Das ist moderne und zukunftsgerichtete Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.“



## Klar proeuropäische Agenda

Von **Gunther Krichbaum** (Wahlkreis Pforzheim)

„Ende Januar wurden endlich die Fachausschüsse des Bundestages eingesetzt und die parlamentarische Arbeit konnte beginnen. Der lange Zeitraum zwischen der Bundestagswahl und der Ausschusskonstituierung hat sich auch in der Europapolitik negativ bemerkbar gemacht, weil die Handlungsfähigkeit des Bundestages dadurch eingeschränkt war. So konnte das Parlament beispielsweise keine eigenen Positionen zu den Macron-Vorschlägen oder zum sogenannten „Nikolaus-Paket“ der EU-Kommission formulieren, das sich mit der Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion befasst. Auch in Europa sind unsere Partner daher froh, dass Deutschland nun endlich eine handlungsfähige, starke Regierung mit einer klar proeuropäischen Agenda hat.

Im Mittelpunkt des Europäischen Rats vom letzten Donnerstag stand vor allem der Brexit. Die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, ist nicht plötzlich über Nacht entstanden. Vielmehr haben in den vergangenen Jahrzehnten alle britischen Regierungen, egal welcher politischen Couleur, den Schwarzen Peter stets nach Brüssel geschoben, um für eigene Fehlentscheidungen keine Verantwortung übernehmen zu müssen. So wurde über Jahre hinweg eine europakritische, teilweise offen europafeindliche Stimmung geschürt. Nicht ohne Grund haben beispielsweise die britischen Konservativen schon 2009 die Fraktionsgemeinschaft mit CDU und CSU im Europäischen Parlament verlassen.

Es ist zu erwarten, dass das Austrittsabkommen bis zum Oktober unterschriftsreif sein wird. Nach dem Austritt am 29. März 2019 wird es wohl eine Übergangsphase bis zum 31. Dezember 2020 geben, damit sich Bürger und Wirtschaft auf die dann geltenden Regeln einstellen können. Doch trotzdem werden insbesondere auf die britische Wirtschaft hohe Kosten zukommen, um künftig mit der EU Handel treiben zu können. Vermutlich werden diese Kosten höher sein als die Ersparnisse durch die nicht mehr fälligen Zahlungen an den EU-Haushalt.

Wie die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU aussehen werden, ist heute noch völlig unklar. Ein besonderes Problem stellt dabei die irische Insel dar: Wenn Nordirland gemeinsam mit dem Rest Großbritanniens den Binnenmarkt und die Zollunion verlässt, werden an der Grenze zur Republik Irland wieder Personen- und Zollkontrollen notwendig. Dies würde den sehr fragilen Frieden dort akut gefährden. Verbleibt Nordirland aber in der Zollunion, würde es eine innerstaatliche Zollgrenze quer durch die irische See geben. Noch hat die britische Regierung keine Vorschläge erarbeitet, wie dieses Problem gelöst werden kann.


Ein weiteres Thema des Rats war auch das Vorgehen der Türkei in Nordsyrien. Die Türkei ist für die EU und die NATO ein wichtiger strategischer Partner in einer äußerst unruhigen Region. Es ist aber an der Zeit, klare Worte zu finden, dass das aktuelle Vorgehen der Türkei im syrischen Kurdengebiet nicht akzeptabel und zu verurteilen ist. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, dass sowohl die EU als auch die NATO Wertegemeinschaften sind. Dazu passt es auch nicht, dass sich in der Türkei nach wie vor viele Menschen aus politischen Gründen in Haft befinden, vor allem über 150 Journalisten. Deniz Yücel war hier zwar eine Symbolfigur, aber nur durch die Beendigung seiner staatlich verordneten Freiheitsberaubung ist das Problem bei Weitem noch nicht gelöst.“



Vernetzt denken und europäisch handeln in der Zusammenarbeit mit Afrika

Im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung am 21. März 2018, sprach **Matern von Marschall** (Wahlkreis Freiburg) zu später Stunde als Obmann seiner Fraktion zur Agenda im Bereich wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklung für die neue Legislaturperiode. Nachdem sich die Bundeskanzlerin zum vernetzten Ansatz mit der notwendigen zivil-militärischen Zusammenarbeit bekannte, stimmte auch Matern von Marschall dieser Herangehensweise zu. Nur in sicheren Staaten kann nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit betrieben werden. Diese findet, so von Marschall, am besten europäisch und kohärent statt. Matern von Marschall setzte einen Schwerpunkt seiner Rede auf die Handelsbeziehungen mit Afrika, die im Sinne eines neuen europäischen Vertragsverhältnisses auf den Weg gebracht werden müssen. Die Ära „Post-Cotonou“ (Anm.: Der Cotonou-Vertrag regelt die Beziehungen der EU mit Entwicklungsländern von 2000 bis 2020) bietet Chancen: Matern von Marschall fordert hier 1. Die Unterstützung effizienter Sicherheitspartner, wie G5-Sahel, die Verantwortung für die Sicherheit Ihrer Region übernehmen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung beitragen und 2. Die Öffnung unserer Märkte für afrikanische Waren, denn wir können nicht nur einseitig handeln und vor Ort investieren und dann das Ergebnis nicht abnehmen.

Einen für unsere Zukunft in Deutschland sehr wichtigen Punkt nannte von Marschall mit der Sicherung seltener Ressourcen, die wir für unsere technische Entwicklung brauchen, wie zum Beispiel Kobalt. Diese Rohstoffe, die in fragilen und konfliktbeutelten Staaten, wie der Demokratischen Republik Kongo, vorkommen, sind für die Herstellung von Lithium-Ionen-Akkus, wie sie in der Elektromobilität verwendet werden, notwendig. Korrupte Regierungen und fehlende staatliche Strukturen in ländlichen Regionen, führen dazu, dass der eigentlich vorhandene Reichtum nicht bei der Bevölkerung ankommt. In Ost-Kongo beispielsweise schürften zehntausende Kinder unter lebensbedrohlichen Bedingungen für einen Hungerlohn. Hier zeigte der Europapolitiker auf, dass wir ohne diese Rohstoffe in Zukunft nicht auskommen werden, aber die Frage, wie man hier auch zum Wohle der Bevölkerung vor Ort, Abbau betreiben kann, eine große Herausforderung ist. Bisher ist der Abbau von Rohstoffen eine Schattenwirtschaft, die hauptsächlich zur Befahrung von Konflikten dient. Eine der schwierigsten Aufgaben der nächsten vier Jahre wird es sein, Zugang zu diesen Märkten zu bekommen und als guter Partner nachhaltige Arbeit auf Augenhöhe zu betreiben, sodass sich soziale und wirtschaftliche Verbesserungen durchsetzen.

<h2>Reden &amp; Videos</h2> <p>Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter <a href="http://bundestag.de/mediathek">bundestag.de/mediathek</a>.</p> <p>Weitere Informationen finden Sie unter</p> 	<h2>Pressemeldungen</h2> <p>Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie unter <a href="http://www.cdu-lg-bw.de">www.cdu-lg-bw.de</a>.</p>	<h2>Kontakt</h2> <p>Platz der Republik Paul-Löbe-Haus 11011 Berlin</p> <p>Tel. 030 / 227 - 70269 Fax 030 / 227 - 76251</p> <p><a href="mailto:info@cdu-lg-bw.de">info@cdu-lg-bw.de</a> <a href="http://www.cdu-lg-bw.de">www.cdu-lg-bw.de</a></p>
---	--	---

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag)

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

**Wenn Sie den Newsletter von Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an: [karl-a.lamers@bundestag.de](mailto:karl-a.lamers@bundestag.de)**